

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, an die EWE die Anfrage zu richten, ob im Falle einer höchstrichterlichen Entscheidung gegen die EWE-Gaspreiserhöhungen nach wie vor das im EWE-Infobrief Nr. 1/ 2006 an alle Haushalte gerichtete, schriftlich gegebene Versprechen der Gleichbehandlung gilt.